

## Substanzielles Protokoll 57. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 8. Juli 2015, 17.00 Uhr bis 19.05 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Dr. Mario Babini (parteilos), Thomas Osbahr (SVP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2015/178](#) \* Weisung vom 24.06.2015: VTE  
Motion der Grüne-Fraktion betreffend gestalterische und verkehrsplanerische Aufwertung des Heimplatzes, Bericht und Abschreibung
3. [2015/203](#) \* Weisung vom 24.06.2015: VTE  
Dringliches Postulat von Alexander Jäger (FDP) und Joachim Hagger (FDP) betreffend Bericht zur langfristigen Zukunft der Fernwärme in der Stadt, Bericht und Abschreibung
4. [2015/212](#) \* Weisung vom 24.06.2015: VTE  
Grün Stadt Zürich, Einzelinitiative von Hans Diehl vom 4. Februar 2014 betreffend Errichtung eines Rebbergs zwischen der Gloriosastrasse und der evangelisch-reformierten Kirche Fluntern, Bericht und Antrag auf Ungültigkeitserklärung
5. [2015/213](#) \* Weisung vom 24.06.2015: VHB  
Amt für Städtebau, Teilrevision Nutzungsplanung Kongresshaus und Tonhalle, Zürich-Enge, Kreis 2
6. [2015/214](#) \* Weisung vom 24.06.2015: VS  
Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration, Beiträge 2016–2018
7. [2015/128](#) Weisung vom 13.05.2015: STR  
Finanzverwaltung, Zusatzkredite I. Serie 2015

\* Keine materielle Behandlung

## **Mitteilungen**

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

## **Geschäfte**

**1117. 2015/178**

**Weisung vom 24.06.2015:**

**Motion der Grüne-Fraktion betreffend gestalterische und verkehrsplanerische Aufwertung des Heimplatzes, Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 6. Juli 2015

**1118. 2015/203**

**Weisung vom 24.06.2015:**

**Dringliches Postulat von Alexander Jäger und Joachim Hagger betreffend Bericht zur langfristigen Zukunft der Fernwärme in der Stadt, Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss des Büros vom 6. Juli 2015

**1119. 2015/212**

**Weisung vom 24.06.2015:**

**Grün Stadt Zürich, Einzelinitiative von Hans Diehl vom 4. Februar 2014 betreffend Errichtung eines Rebbergs zwischen der Gloriosastrasse und der evangelisch-reformierten Kirche Fluntern, Bericht und Antrag auf Ungültigkeitserklärung**

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss des Büros vom 6. Juli 2015

**1120. 2015/213**

**Weisung vom 24.06.2015:**

**Amt für Städtebau, Teilrevision Nutzungsplanung Kongresshaus und Tonhalle, Zürich-Enge, Kreis 2**

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 6. Juli 2015

**1121. 2015/214**

**Weisung vom 24.06.2015:**

**Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration, Beiträge 2016–2018**

Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss des Büros vom 6. Juli 2015

## 1122. 2015/128

**Weisung vom 13.05.2015:****Finanzverwaltung, Zusatzkredite I. Serie 2015**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

- A. Für das Jahr 2015 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite I. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitionsrechnung Fr.
1. Zusatzkredite	8 227 700	6 565 200
2. Kreditübertragungen	+ 2 098 100 – 2 698 100	+5 900 000 –5 300 000
Zusatzkredite brutto	7 627 700	7 165 200

- B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitionsrechnung Fr.
– den Zusatzkrediten von	8 227 700	6 565 200
– den Kreditübertragungen von	+2 098 100	+5 900 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
– verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	– 2 698 100	–5 300 000
– Minderaufwendungen/Mehrerträge bzw. Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	– 2 840 300	–
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	4 787 400	7 165 200

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt die Präsidentin Rebekka Wyler (SP) die Weisung zu den Zusatzkrediten I. Serie 2015 vor und vertritt die Kommissionsmehrheit.

**Rebekka Wyler (SP):** Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat die Genehmigung von Zusatzkrediten und Kreditübertragungen in der laufenden Rechnung. Insgesamt wurden in der RPK neunundzwanzig Anträge eingereicht. Über diese werden wir nun im Detail diskutieren. Umstrittene Themengebiete sind unter anderem Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter in verschiedenen Bereichen, verschiedene Vorhaben im Tiefbau sowie Stellenverschiebungen. Der Stadtrat beantragt über Dispositivpunkt A die Bewilligung der erwähnten Zusatzkredite und Kreditübertragungen und über Dispositivpunkt B die Kenntnisnahme der Mehr- und Mindererträge. Die Mehrheit der Kommission beantragt die Zustimmung zu den bereinigten Dispositivpunkten.

Kommissionsminderheit:

**Martin Bürlimann (SVP):** Die Schulden sind seit 2011 um 540 Millionen Franken gestiegen. Das Eigenkapital ist von 724 auf 667 Millionen Franken gesunken. 8,5 Milliarden Franken Aufwand reichen dem Stadtrat nicht, um die Aufgaben der Stadt vollumfänglich zu erfüllen. Er beantragt zahlreiche Zusatzkredite. Zu diesen haben wir verschiedene Anträge gestellt. Die Minderheit wird die Zusatzkredite als Ganzes in der Schlussabstimmung voraussichtlich ablehnen.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Die FDP strebt ein ausgeglichenes Budget an und kann weitere Ausgaben über Zusatzkredite nicht befürworten. Verschiedene Anträge wurden von uns gestellt oder werden von uns unterstützt. Wir werden uns je nach Resultat der Debatte der Mehrheit oder der Minderheit anschliessen.

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite I. Serie 2015 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zu Dispositivpunkt A) zu genehmigen:

## 2.1 Ordentliche Zusatzkredite

Antrag 1)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Beim ersten Antrag geht es um einen Zusatzkredit von 50 000 Franken für ein neues EDV-Tool für die RPK, das Vereinfachungen in der Behandlung von Budget und Rechnung ermöglichen soll. Die Minderheit vertritt die Meinung, dass man nicht nur der Stadtverwaltung Sparaufträge geben sollte, sondern dass der Gemeinderat bei sich selbst anfangen und das Wünschbare vom Nötigen trennen sollte. Wir beantragen deshalb, den Zusatzkredit nicht zu genehmigen.

**Walter Angst (AL):** Beratungen der Finanzgeschäfte sind auf dem Extranet für alle Mitglieder des Gemeinderats ersichtlich. Es handelt sich um ein grosses Kompendium an Fragen, Antworten und Dokumenten. So, wie dieses derzeit aufbereitet ist, können die RPK und die Mitglieder des Gemeinderats ihre Budgetverantwortung nur sehr eingeschränkt wahrnehmen. Das neue EDV-Tool soll jedem Ratsmitglied die Möglichkeit geben, die Entwicklung der Finanzzahlen über die letzten fünf Jahre nachzuverfolgen und auf sämtliche Fragen und Antworten zugreifen zu können, die in den letzten Jahren zu den entsprechenden Konten gestellt wurden. Wenn der Gemeinderat seine Verantwortung für das Budget ernst nehmen will, sollte er dieser Neuerung zustimmen.

Weitere Wortmeldungen:

**Mauro Tuena (SVP):** Man kann geteilter Meinung darüber sein, ob es das RPK-Tool braucht. Doch es ist der falsche Zeitpunkt, um dieses einzuführen. Mit dem neuen kantonalen Gemeindegesetz wird die Stadt eine Umstellung in ihrer Rechnungslegung vornehmen: Konten werden nicht mehr eins zu eins verschoben werden können. Man müsste bei der Umstellung auf das Harmonisierte Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2) beim Tool nochmals bei Null beginnen. Mein Verständnis dafür hält sich in Grenzen. Wir sollten warten, bis die Umstellung auf HRM2 erfolgt ist, und den Grundsatzentscheid bis

dahin vertagen. Dann könnte man das Tool direkt für HRM2 entwickeln und müsste es nicht nach kurzer Zeit neu anpassen.

**Rebekka Wyler (SP):** Die Rechnungslegung wird nicht vollständig umgekrempelt. Eine gewisse Vergleichbarkeit wird vorhanden sein. Die Konten sind miteinander in Beziehung zu bringen. Es wird kleine Anpassungen geben. OIZ hat uns zugesichert, dass diese ohne grösseren finanziellen und personellen Aufwand umgesetzt werden können. Das Tool wurde bereits zwischen 2008 und 2010 angedacht und sollte nun endlich umgesetzt werden. Es soll dem gesamten Gemeinderat dienen. HRM2 wird erst 2019 definitiv eingeführt. Wir möchten das Tool auch vor dieser Umstellung nutzen können. Es hilft uns, das Budget und die Rechnung besser zu prüfen.

**Felix Moser (Grüne):** Es ist der richtige Zeitpunkt für die Einführung des Tools. Das Tool wird zahlreiche Vereinfachungen für die RPK, für die Verwaltung und alle Gemeinderäte mit sich bringen, die an Fragen und Antworten interessiert sind. Es müssen nicht mehr Dutzende von Dateien hin- und herschickt werden. Es steht alles am gleichen Ort zur Verfügung. Wir sollten nicht länger mit der Umsetzung zuwarten.

**Michael Baumer (FDP):** Fakt ist: Das Projekt ist bereits sehr alt. Wenn wir den Stadtrat auffordern, keine Zusatzkredite zu beantragen, können wir nicht bei uns selbst Ausnahmen machen. Wir lehnen den Zusatzkredit deshalb ab.

**Andreas Kirstein (AL):** Die SVP vertritt – durchaus zu Recht – immer wieder die Meinung, man müsse das Finanzgebahren des Stadtrats genau verfolgen und über mehrere Jahre betrachten, man müsse eingreifen und eine andere Politik machen. Nun soll ein entsprechendes Tool zur Verfügung gestellt werden, doch genau jetzt will sich die SVP aus prinzipiellen Gründen dieses Instrument selber aus der Hand schlagen.

**Markus Hungerbühler (CVP):** Die 50 000 Franken sind gut begründet. Das Tool soll beim Budget 2017 eingesetzt werden können. Es wird zu Vereinfachungen und auf längere Sicht insgesamt auch zu Einsparungen führen. Es wäre falsch, das Tool zum heutigen Zeitpunkt mit fadenscheinigen Begründungen abzulehnen.

**Martin Luchsinger (GLP):** Man kann durchaus argumentieren, dass dieses Tool regulär hätte budgetiert werden sollen. Wir sollten aber jetzt die Chance wahrnehmen, das Tool einzuführen. Es ist ein Bedürfnis nach Transparenz und ein Interesse an der genaueren Betrachtung von Zahlenreihen und deren Entwicklung vorhanden. Die Umsetzung ist keine grosse Sache. Es ist alles verlinkbar. Möglicherweise können die 50 000 Franken durch die erhöhte Transparenz sogar später wieder eingespart werden oder das Tool könnte längerfristig zu weniger zusätzlichen Ausgaben führen.

**Mauro Tuena (SVP):** Beim Tool geht es nicht um 50 000 Franken, sondern insgesamt um 200 000 Franken. Wenn man ein IT-Projekt startet, wird dieses stets in den Himmel gelobt. Möglicherweise bringt das Tool für den Gemeinderat Erleichterungen, doch es bleibt offen, ob dies auch für die Verwaltung zutrifft. Wir haben kritische Stimmen aus verschiedenen Departementen gehört. In einer Zeit, in der das Eigenkapital dahinschmilzt und Ende 2018 aufgebraucht sein wird, sollte der Gemeinderat nicht noch sich selbst Projekte wie dieses genehmigen.

S. 2	<b>10 1005 3910 0000</b>	<b>Behörden und Gesamtverwaltung Gemeinderat Vergütung an OIZ für IT-Leistungen</b>			
<b>1)</b>	Anträge der RPK				
	Antrag Stadtrat	50 000		Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
				Abwesend	Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit
	Verbesserung	50 000			
	Begründung	Nicht notwendig			

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 2)

Kommissionsminderheit/-minderheit:

**Roger Liebi (SVP):** *Es geht um einen Zusatzkredit von 97 000 Franken für Überbrückungszuschüsse wegen vorzeitiger Altersrücktritte. Wir streben ein ausgeglichenes Budget an. Man müsste mit dem Personal darüber sprechen, bis wann vorzeitige Rücktritte eingereicht werden müssen. Die Abläufe müssten so gestaltet werden, dass sie einigermaßen budgetierbar sind.*

**Walter Angst (AL):** *Die Rechtsgrundlagen müssen eingehalten werden. Laut Personalrecht hat man bei vorzeitigem Altersrücktritt Anspruch auf diese Gelder. Es wäre nicht sinnvoll, in den Personalversicherungsbeiträgen Reserven für einige wenige vorzeitige Altersrücktritte hinzuzufügen, nur damit kein Zusatzkredit beantragt werden muss. Wenn aber jemand wieder erwerbstätig wird, während er vom Überbrückungszuschuss profitiert, sollte eine Rückzahlung verlangt werden können. Die RPK hat den Stadtrat aufgefordert, bei diesem Thema zu handeln und nicht auf die HR-Strategie zu warten.*

Weitere Wortmeldung:

**Roger Liebi (SVP):** *Auch wir befürworten einen verlässlicheren Budgetierungsprozess. Bei vorzeitigen Altersrücktritten und Abgangsentschädigungen wollen wir nicht, dass Personen, die einen neuen Job haben, entsprechende Zahlungen nicht zurückzahlen. Hier muss so schnell wie möglich eine Lösung gefunden werden.*

S. 2	<b>10 1007 3040 0000</b>	<b>Behörden und Gesamtverwaltung Finanzkontrolle Personalversicherungsbeiträge</b>			
<b>2)</b>	Anträge der RPK				
	Antrag Stadtrat	97 000		Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

	Neu	0		Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
				Abwesend	Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit
	Verbesserung	97 000			
	Begründung	Besser planen, ordentlich budgetieren			

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 3)

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Der Zusatzkredit für das Bevölkerungsamt wird damit begründet, dass der Gemeinderat bei der letzten Budgetdebatte Budgetkürzungen bei gebundenen Ausgaben vorgenommen hat. Die 500 000 Franken würden für Migrationsgebühren und das Erstellen von Identitätskarten benötigt. Grundsätzlich sind die Budgetkürzungen des Rats umzusetzen. Bei einem Jahresetat von 48 Millionen Franken, über die das Bevölkerungsamt verfügen kann, sollte eine Kompensation von 500 000 Franken ohne weiteres möglich sein. Der Zusatzkredit ist deshalb abzulehnen.

**Walter Angst (AL):** Die AL hat sich in der Budgetdebatte vom Dezember vehement gegen die pauschalen Budgetkürzungen um 10 % gewehrt. Wir haben darauf hingewiesen, dass die Kürzungen in verschiedenen Bereichen nicht umsetzbar sein würden und es zwingend zu Zusatzkreditanträgen kommen werde. Das Bevölkerungsamt ist ein Beispiel dafür. Gewisse Ausgaben können beim Bevölkerungsamt nicht gekürzt werden. Dies wurde eindeutig dokumentiert. Bei der Durchsicht der konkreten Posten sind wir zum Schluss gekommen, dass es durchaus Spielraum für weitere Einsparungen gibt. Wir haben diese auf 100 000 Franken geschätzt und schlagen einen reduzierten Zusatzkredit vor.

**Andrea Nüssli (SP):** Mit den Zusatzkrediten musste gerechnet werden. Die Kürzungen können so nicht umgesetzt werden. Der Zusatzkredit ist für uns nachvollziehbar. Zudem sind es immerhin 40 000 Franken weniger als damals im Budget.

Weitere Wortmeldung:

**Samuel Dubno (GLP):** Die GLP schliesst sich den Argumenten der AL an. Wir sind der Meinung, dass eine Kürzung um 100 000 Franken der richtige Weg ist.

S. 3	<b>15 1530 3180 0000</b>	<b>Präsidialdepartement Bevölkerungsamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>			
<b>3)</b>	Anträge der RPK				
	Antrag Stadtrat	500 000		Mehrheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
	Neu 1 Verbesserung 1	0 500 000		Minderheit 1	Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

	Begründung 1	Kürzungen auf Konto 3180 einsparen oder mit anderen Ausgaben kompensieren		
	Neu 2	400 000	Minderheit	Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent;
	Verbesserung 2	100 000	2	Samuel Dubno (GLP), Christian Traber (CVP)
	Begründung 2	Zusatzkredite auf nicht beeinflussbare Ausgaben beschränken		
			Abwesend	Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit 1

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Mehrheit und Minderheit 2:

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(500 000)	53 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(0)	42 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(400 000)	<u>28 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 62 gegen 42 Stimmen zugestimmt. Der Antrag des Stadtrats scheidet jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse. Damit wird der Zusatzkredit nicht bewilligt.

Antrag 4)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** OIZ musste beim Budgetprozess im vergangenen Dezember eine Kürzung von 383 900 Franken entgegen nehmen. Diese ist nicht umsetzbar. Über einen Zusatzkredit sollen nun 300 000 Franken wieder hineinfließen. Es geht um Ausgaben, die schon längerfristig beschlossen wurden und bei denen Verträge bestehen. Es gibt aber offenbar Verträge, die erst im Januar 2015 abgeschlossen wurden. Man hätte die Budgetkürzung des Gemeinderats somit durchaus ernst nehmen und diese Verträge anpassen können.

**Walter Angst (AL):** Bei der Budgetdebatte haben wir den Antrag gestellt, dass bei den grossen Posten richtungsweisende Entscheide getroffen werden sollen, in welchen Bereichen Reduktionen notwendig sind. Bei den IT-Mieten und Benutzungskosten wurde dann nochmals gekürzt. Das ist bei OIZ schwierig, da genau budgetiert wird und Verpflichtungen gegenüber den Dienstabteilungen bestehen. Die Mehrheit ist der Meinung, dass der Zusatzkredit begründet ist. Er dient zur Umsetzung von wichtigen Projekten bei den VBZ und der Stadtpolizei.

S. 4	<b>20 2080 3162 0000</b>	<b>Finanzdepartement Organisation und Informatik IT-Mieten und Benutzungskosten</b>		
<b>4)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	300 000	Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürli- mann (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Abwesend	Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	300 000		
	Begründung	Gemäss Budget 2015		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 5)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Angst (AL):** Es geht um die Weiterentwicklung der Polizeinformatik. Bei der Stadtpolizei soll eine Koordinationsstelle aller Polizeien der Schweiz eingerichtet werden. Die Harmonisierung der Polizeinformatik ist sicher aus finanzieller Sicht sinnvoll, es soll nicht jeder Kanton sein eigenes Programm entwickeln. Die Stadt leistet einen Beitrag an eine gemeinsame Institution, das Geld wird aber wieder zurückfliessen. Bei der Harmonisierung geht es darum, dass kantonale oder lokal aufgebaute Systeme verknüpft werden. Die Harmonisierung ist notwendig. Es müssen allerdings klare Rahmenbedingungen auf der Ebene des Datenschutzes geschaffen werden. Wir wollen, dass sich Bewohnerinnen und Bewohner weiterhin als freie Menschen bewegen können.

**Florian Utz (SP):** Ich schliesse mich der Meinung von Walter Angst (AL) grösstenteils an. Datenschutzfragen müssen ernst genommen werden. Dennoch: Wenn wir heute den Zusatzkredit ablehnen, heisst das nicht, dass das Projekt gestoppt wird und eine ausführliche datenschutzrechtliche Debatte stattfinden wird. Es wird lediglich ein anderes Polizeikorps die Aufgabe übernehmen und die notwendigen Stellen schaffen. Da habe ich mehr Vertrauen in unseren Stadtrat. Wenn Stellen bei der Stadtpolizei Zürich geschaffen werden, werden diese Fragen ernst genommen und es werden nicht beliebig Daten ausgetauscht werden. In diesem Sinne werden wir dem Zusatzkredit zustimmen.

Weitere Wortmeldung:

**Samuel Dubno (GLP):** Die Aktualisierung muss kommen. Die Stellen sind refinanziert. Der Datenschutz muss hochgehalten werden. Wenn wir diese Aufgabe nicht übernehmen, tun dies andere, zum Beispiel der Kanton oder etwa St. Gallen. Eine Chance auf eine politische Diskussion haben wir am ehesten in diesem Rat.

S. 4	<b>25</b> <b>2520</b> <b>3018 0000</b> <b>3030 0000</b> <b>3040 0000</b> <b>3050 0000</b>	<b>Polizeidepartement</b> <b>Stadtpolizei</b> <b>Löhne von unselbständig erwerbenden Dritten (AHV)</b> <b>Sozialversicherungsbeiträge</b> <b>Personalversicherungsbeiträge</b> <b>Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge</b>		
<b>5)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	140 300		Mehrheit Florian Utz (SP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürlimann (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP)
	Neu	0		Minderheit Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
				Enthaltung Samuel Dubno (GLP)
				Abwesend Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	140 300		
	Begründung	Vor Engagement bei HPI Datennutzung klären		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 30 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 6)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Angst (AL):** Bei den Entschädigungen der IT-Leistungen Dritter bei der Stadtpolizei wurde vom Gemeinderat einstimmig eine Kürzung vorgenommen. Die sehr hohen IT-Ausgaben der Stadtpolizei wurden auf ein halbwegs vertretbares Niveau reduziert. Die nun via Zusatzkredit beantragten Projekte können aber unserer Meinung nach entweder kompensiert werden, indem andere Projekte zurückgefahren werden, oder auf 2016 verschoben werden, ohne dass die Sicherheit der Stadt Schaden nehmen wird.

**Florian Utz (SP):** Es geht um die finanzpolitische Frage, ob es sinnvoller ist, das Projekt in diesem oder erst im nächsten Jahr durchzuführen. Wir gehen nicht davon aus, dass es im nächsten Jahr günstiger wird. Wir sind aber der Meinung, dass das Budget für die Stadtpolizei bereits sehr stark zurückgefahren wurde. Wir haben diese Kürzungen mitgetragen. Doch auch mit dem Zusatzkredit liegt das Budget für die IT der Stadtpolizei deutlich unter dem Vorjahresniveau und deutlich unter den Budgets der letzten zehn Jahre. Deshalb hält die Mehrheit das vergleichsweise kleine Supplement für vertretbar.

S. 4	<b>25</b> <b>2520</b> <b>3189 0000</b>	<b>Polizeidepartement</b> <b>Stadtpolizei</b> <b>Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>		
<b>6)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	150 000		Mehrheit Florian Utz (SP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürlimann (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP)
	Neu	0		Minderheit Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
				Enthaltung Samuel Dubno (GLP)

			Abwesend	Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	150 000		
	Begründung	Anpassungen auf 2016 verschieben oder mit anderen Ausgaben kompensieren		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 30 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 7)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Mauro Tuena (SVP):** *Wir sehen nicht ein, warum das Polizeirichteramt zusätzlich 12 000 Franken für Personalwerbung erhalten soll. Der Stadtrat sieht bei mehr Personal, zum Beispiel bei den Verkehrskontrollen, eine zusätzliche Einnahmequelle. Hier wird der Bürger sowieso nur unnötig schikaniert. Wird eine Stelle dringend benötigt, sollten diese 12 000 Franken auch im ordentlichen Budget untergebracht werden können.*

**Florian Utz (SP):** *Es geht darum, eine bestehende Stelle zu ersetzen. Dies konnte nicht vorausgesehen werden und deshalb wurde knapp budgetiert. Die Mehrheit findet es richtig, dass knapp budgetiert wird und nicht alle Eventualitäten ins Budget einbezogen werden. Ebenso richtig ist es, dass ein Zusatzkredit beantragt wird, wenn eine dieser Eventualitäten eintritt.*

S. 5	<b>25 2525 3092 0000</b>	<b>Polizeidepartement Stadtrichteramt Personalwerbung</b>		
<b>7)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	12 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP)
	Neu	0	Minderheit	Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Abwesend	Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit
	Verbesserung	12 000		
	Begründung	Ordentlich budgetieren		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 8)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Mauro Tuena (SVP):** *Die Mehrheit der RPK fordert die Streichung des Zusatzkredits auf*

diesem Konto. Innerhalb der Mehrheit gibt es unterschiedliche Meinungen, warum der Antrag abgelehnt werden sollte. Aus der Sicht der SVP kann der Antrag, sofern der Betrag dringend nötig ist, im Zusammenhang mit dem ordentlichen Budget gestellt werden. Es ist aber nicht nötig, ein Zusatzkredit zu beantragen.

**Christian Traber (CVP):** Die Ausgabe ist gut begründet. Die Sanierung der Hönggerstrasse wurde geplant und sollte nun umgesetzt werden. Die Lärmsanierungen werden separat behandelt und haben nichts damit zu tun.

Weitere Wortmeldungen:

**Florian Utz (SP):** Wir sind nicht grundsätzlich gegen Zusatzkredite. Der Stadtrat hat die Hönggerstrasse im Budget eingeplant, doch der Gemeinderat hat das Projekt aus dem Budget gestrichen mit der Argumentation, dass ein Projekt mit Tempo 30 bevorzugt werden sollte. Ein Projekt mit Tempo 50 ist nämlich rechtlich gar nicht zulässig, weil es die Anwohnerinnen und Anwohner zu stark belastet. Nun hat der Stadtrat einen Zusatzkredit beantragt. Aufgrund der Antworten des Stadtrats ist noch nicht klar, ob Tempo 30 beschlossen wird. Insofern werden wir dem Projekt erst zustimmen, wenn der Grundsatzentscheid für Tempo 30 vorliegt.

**Mauro Tuena (SVP):** Die Hönggerstrasse war schon oft Thema im Gemeinderat. Man einigte sich auf einen Kompromiss: In der Umgebung des Schulhauses wird eine Zone mit Tempo 30 eingerichtet. Technische Tafeln werden während den Schulzeiten auf 30 eingerichtet. Nun wurde dies aber bereits ausgedehnt und im entsprechenden Teilabschnitt wurde eine generelle Tempo-30-Zone eingeführt. Da das Sicherheitsargument nicht mehr gilt, wird Lärm als Argument angeführt. Wenn man bauliche Massnahmen an einer Staatsstrasse vornimmt, braucht es jedoch die Unterschrift der Volkswirtschaftsdi-rektion. Wir werden alles daran setzen, dass es nicht dazu kommt.

S. 5	<b>35 3515 513000</b>	<b>Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Tiefbauamt Bau von Strassen: Sammelkonto</b>		
<b>8)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	150 000	Minderheit	Christian Traber (CVP), Referent
	Neu	0	Mehrheit	Martin Bürliemann (SVP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			Abwesend	Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	150 000		
	Begründung	SVP: Auf nächstes Budget nehmen; SP/Grüne: Lärmsanierung muss inklusive Tempo 30 Massnahmen erfolgen		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 116 gegen 6 Stimmen zu.

Antrag 9)

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Auch hier geht es um Massnahmen zur Lärmreduktion. Diese wurden bereits genügend geplant. Der Stadtrat verfügt über ein Konzept. Die 800 000 Franken werden nicht benötigt.

**Felix Moser (Grüne):** Der Parkring wurde in der letzten Budgetdebatte behandelt und gestrichen. Im Nachhinein hat sich herausgestellt, dass das Tiefbauamt falsche Zahlen geliefert hatte. Deshalb kann das Projekt nun unterstützt werden. Der zweite Teil des Betrags bezieht sich auf die Erstellung eines Lärmbelags in der Höggerstrasse. Aufgrund der Lärmschutzverordnung müsste allerdings zuerst Tempo 30 eingeführt werden. Aus unserer Sicht ist es falsch, wenn die Stadt zuerst den Belag erneuert und Tempo 30 zu einem nicht bekannten Zeitpunkt einführen will. Das Projekt sollte überarbeitet werden.

**Christian Traber (CVP):** Der Stadtrat hat korrekt budgetiert. Wir folgen deshalb dem Antrag des Stadtrats. Die Belagserneuerung ist meines Wissens erst für das nächste Jahr geplant.

Weitere Wortmeldung:

**Mauro Tuena (SVP):** Der Stadtrat hat der RPK eine Präsentation zur Verfügung gestellt, auf der alle Anpassungen ersichtlich sind. An der Höggerstrasse werden drei Parkplätze verschwinden. Dies an einem Ort, an dem es sonst schon sehr wenige Parkplätze hat. Das können wir nicht befürworten.

S. 6	<b>35 3515 513901</b>	<b>Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Tiefbauamt Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto</b>		
<b>9)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	800 000	Minderheit 1	Christian Traber (CVP), Referent
	Neu 1 Verbesserung 1	0 800 000	Minderheit 2	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürli- mann (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung 1	Gemäss Budget 2015		
	Neu 2 Verbesserung 2	100 000 700 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
	Begründung 2	Streichung Höggerstrasse: Lärmsanierung muss inklusive Tempo 30 Massnahmen erfolgen		
			Abwesend	Roger Liebi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Mehrheit und Minderheit 1:

Antrag Stadtrat/Minderheit 1	(800 000)	6 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(0)	41 Stimmen
Antrag Mehrheit	(100 000)	<u>75 Stimmen</u>
Total		122 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit mit 75 Stimmen zugestimmt, womit das Quorum von 62 Stimmen für die gleichgeordneten Anträge und von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Antrag 10)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Mauro Tuena (SVP):** Die Saumackerstrasse soll für 900 000 Franken umgebaut werden. Wir sind überzeugt, dass dies ordentlich budgetiert werden kann und nicht über einen Zusatzkredit beantragt werden muss.

**Florian Utz (SP):** Auch dieses Projekt wurde vom Gemeinderat aus dem Budget gestrichen. Wir waren nicht einverstanden mit der Gestaltung der Strassenoberfläche, insbesondere mit der Velowegführung. Das Tiefbauamt hat das Projekt leicht überarbeitet und die Situation mit den Velowegen hat sich leicht verbessert. Deshalb ist die Mehrheit bereit, im Sinne einer konstruktiven Lösung zuzustimmen.

S. 6	<b>35 3515 514675</b>	<b>Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Tiefbauamt Erneuerungsunterhalt von Strassen: Saumackerstrasse, Abschnitt Haus Nr. 96–70</b>			
<b>10)</b>	Anträge der RPK				
	Antrag Stadtrat	900 000		Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Neu	0		Minderheit	Martin Bürlimann (SVP)
				Abwesend	Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit
	Verbesserung	900 000			
	Begründung	Ordentlich budgetieren			

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 21 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 11)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Thomas Schwendener (SVP):** Der betreffende kommunale Siedlungsrichtplan konnte offenbar erst im Rahmen der laufenden Beratung verlässlich geschätzt werden. Die Minderheit ist der Meinung, man hätte durchaus früher planen und budgetieren können.

**Felix Moser (Grüne):** Der kommunale Siedlungsrichtplan ist zentraler Bestandteil der aktuellen Diskussion von Richtplan und Bau- und Zonenordnung (BZO). Die Planungsgrundlagen müssen vorhanden sein, damit man in den beiden Projekten weiterarbeiten kann. Im regionalen Richtplan wird häufig auf den kommunalen Siedlungsrichtplan verwiesen. Die 150 000 Franken sollten gesprochen werden, damit

das Hochbaudepartement weiterarbeiten kann und die Diskussionen zu Ende geführt werden können.

S. 7	<b>40 4015 3180 0000</b>	<b>Hochbaudepartement Amt für Städtebau Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>		
<b>11)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	150 000		Mehrheit Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
				Abwesend Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit
	Verbesserung	150 000		
	Begründung	Besser planen, ordentlich budgetieren		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 12)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Felix Moser (Grüne):** Das Hochbaudepartement will zehn LCD-Werbebildschirme aufstellen. Die Einnahmen, die durch die Werbetafeln entstehen, werden in die Stadtkasse fliessen. Wir möchten aus verschiedenen Gründen auf diese Bildschirme verzichten. Es gibt in Zürich bereits eine sehr hohe Dichte an Werbung. Es braucht nicht an jeder Strassenecke Werbetafeln. Das Amt für Städtebau gab eine Umfrage zur Akzeptanz solcher Werbetafeln in Auftrag. Die Resultate der Umfrage sind allerdings schwierig zu werten, da teilweise suggestive Fragen vorkamen. Deshalb kann die Umfrage nicht als alleinige Begründung herbeigezogen werden, ob es die Werbetafeln unbedingt braucht und ob sie geschätzt werden. Zur Ökobilanz lautete die Antwort, man könne nicht im Voraus sagen, wie es mit der 2000-Watt-Verträglichkeit und der Ökobilanz aussehe. Das sollte meiner Meinung möglich sein. Des Weiteren möchten wir die bereits hohe Lichtverschmutzung nicht weiter fördern, indem wir noch mehr Lichtquellen aufstellen, die im Grunde unnötig sind.

**Roger Liebi (SVP):** Die Argumentationen der Grünen sind etwas gar beliebig. Die Grünen haben den Plan Lumière unterstützt, der mit seinen Beleuchtungen ebenfalls Lichtquellen produziert. Es geht einmal mehr um Ideologie: Die Grünen wollen keinen Kommerz in der Stadt. Sie sollten auch dazu stehen.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Uns stört Werbung nicht. Im Bereich der LCD-Werbung hat die Stadt eine Kehrtwende vollzogen. Vor einigen Jahren zog sie bis vor das Bundesgericht, um LCD-Werbung von Privaten zu verhindern. Es ist eine Wettbewerbsfrage und keine Frage der 2000-Watt-Gesellschaft oder dergleichen. Zuerst schaltet die Stadt die Privaten aus und will dann die Bildschirme selber aufstellen. Wir sind durchaus für

Werbung, sie sollte aber von Privaten gemacht werden.

**Samuel Dubno (GLP):** Die Bildschirme werden von Privaten aufgestellt und betrieben, benötigen jedoch einen Stromanschluss. Das ist Sache der öffentlichen Hand. Konventionelle Plakatflächen in der Stadt wurden bereits reduziert. Auf die Umfrage hätte im Übrigen verzichtet werden können. Man kann den Fortschritt nicht aufhalten, indem man einen Zusatzkredit verhindert.

**Andreas Kirstein (AL):** Die AL lehnt den Zusatzkredit aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Wir wollen – zumindest auf öffentlichem Grund – eine werbefreie Stadt. Wir wollen keine weiteren Reklametafeln begünstigen und sind deshalb auch gegen das Verlegen von Stromanschlüssen, durch die das Betreiben dieser Tafeln ermöglicht wird.

S. 7	<b>40 4015 500004</b>	<b>Hochbaudepartement Amt für Städtebau Übrige Tiefbauten</b>		
<b>12)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	250 000	Mehrheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürlimann (SVP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Enthaltung	Samuel Dubno (GLP)
	Verbesserung	250 000		
	Begründung	Verzicht auf Erstellung von LCD-Werbebildschirmen		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 44 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 13)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Samuel Dubno (GLP):** Es geht um Personalversicherungsbeiträge. Bei vier der hier vorliegenden Fälle ist der Altersrücktritt sicher und der Überbrückungszuschuss somit gerechtfertigt. Es gibt aber noch drei weitere, nicht definitive Rücktritte. Mit der grosszügigen Budgetierung sollen allfällige Rücktritte aufgefangen werden. Die Mehrheit der RPK kann dieses Vorgehen nicht befürworten. Es soll an der knappen Budgetierungspraxis festgehalten werden. Die Mehrheit beantragt eine Kürzung des beantragten Zusatzkredits um 110 000 Franken.

**Roger Liebi (SVP):** Der Stadtrat muss eine bessere Planbarkeit von Altersrücktritten erwirken. Dies etwa, indem Fristen fixiert werden, bis wann ein Altersrücktritt bekanntgegeben werden muss. Wir erfahren hier oft von kurzfristigen, nicht planbaren Rücktritten. Im Zusammenhang mit den Massnahmen zur Sanierung der maroden Stadtfinanzen wäre eine bessere Planbarkeit dringend angezeigt.

Weitere Wortmeldungen:

**Hans Urs von Matt (SP):** Es ist vorgesehen, dass man als Angestellter oder Angestellte der Stadt eine maximale Frist von einem halben Jahr hat. Auch in anderen Firmen sehen es die Pensionskassenreglemente so vor. Längere Fristen einführen zu wollen, um die Planbarkeit zu erhöhen, halte ich für arbeitnehmerfeindlich. Wir müssen diese Zusatzkredite sprechen. Das Personal hat dieses Recht im Personalrecht und im Reglement der Pensionskasse.

**Roger Liebi (SVP):** Die Frist ist das eine, die Höhe der Überbrückungszuschüsse das andere. Auch hier braucht es Diskussionen. Das Recht ist nicht sakrosankt. Man muss darüber diskutieren können. In diesem Sinne ist das Nein ein Auftrag an den Stadtrat, diese Politik zu überdenken und zu ändern.

S. 7	<b>40 4035 3040 0000</b>	<b>Hochbaudepartement Amt für Baubewilligungen Personalversicherungsbeiträge</b>		
<b>13)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	360 000		
	Neu 1 Verbesserung 1	0 360 000	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung 1	Ordentlich budgetieren		
	Neu 2 Verbesserung 2	250 000 110 000	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Begründung 2	Die drei noch nicht definitiven Altersrücktritte bei Bedarf mit den ZK II beantragen		
			Enthaltung	Felix Moser (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge des Stadtrats und der Mehrheit:

Antrag Stadtrat	(360 000)	0 Stimmen
Antrag Minderheit	(0)	42 Stimmen
Antrag Mehrheit	(250 000)	<u>81 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit mit 81 Stimmen zugestimmt, womit das Quorum von 62 Stimmen für die gleichgeordneten Anträge und von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Antrag 14)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Stefan Urech (SVP):** Es geht um die Instandsetzung einer Kanalisation beim Pflege-

zentrum Käferberg und beim Verwaltungszentrum Zürich Nord. Inhaltlich ist dem Vorhaben nicht viel entgegenzusetzen. Wir verstehen allerdings nicht, dass die Ausgabe nicht ordentlich budgetiert wurde. Dass eine Kanalisation saniert werden muss, sollte schon früher klar sein. Gerade beim Pflegezentrum wurde kürzlich gebaut. Spätestens dort hätte dies auffallen müssen. Die Ausgabe muss ordentlich budgetiert werden.

**Andrea Nüssli (SP):** Es sind drei Bereiche, die diese zusätzlichen Planungskosten erfordern. Im Altersheim Sydefädeli stand die Erneuerung der Wärmeerzeugung an. Nun tauchten unerwartet Schadstoffbelastungen durch Asbest auf. Eine entsprechend angepasste Planung ist erforderlich. Auch im Pflegezentrum Käferberg war eine Teilsanierung der Kanalisation geplant. Diese war gut geplant, fällt nun aber umfangreicher aus und führt zu zusätzlichen Planungskosten. Zudem braucht es Planungskosten für die Instandsetzung des neuen Verwaltungszentrums Zürich Nord, welches so rasch wie möglich nutzbar sein soll. Es könnten Kosten eingespart werden, indem keine Büroräumlichkeiten mehr zugemietet werden müssen. Die Planungskosten verursachen zwar im Moment zusätzliche Kosten, doch am Ende ergibt sich durch das rasche Vorankommen möglicherweise längerfristig sogar eine Einsparung.

Weitere Wortmeldung:

**Roger Liebi (SVP):** Mit dem Votum von Andrea Nüssli (SP) wird der Budgetprozess obsolet. Wir haben für 2015 ein Budget erstellt. Das Verwaltungszentrum gehört in die normalen Budgetprozesse. Wenn es nicht mehr für 2015 gereicht hat, dann ist das nun mal so. Man kann nicht immer irgendwo Geld herholen, das niemand hat. Die Steuerzahler sollen nicht alle möglichen Wünsche und Begehrlichkeiten sofort zahlen müssen.

**Andrea Nüssli (SP):** Ich weise nochmals darauf hin: Wenn wir diesen Kredit weiter hinausschieben, geht es länger, bis wir ins Verwaltungszentrum einziehen können. Dadurch muss länger Miete für externe Räumlichkeiten bezahlt werden. Das kostet den Steuerzahler ebenfalls Geld.

S. 7	<b>40 4040 3182 0000</b>	<b>Hochbaudepartement Immobilien-Bewirtschaftung Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter</b>		
<b>14)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 150 000		Mehrheit Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
				Enthaltung Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Christian Traber (CVP)
	Verbesserung	1 150 000		
	Begründung	Ordentlich budgetieren		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 15)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Samuel Dubno (GLP):** Das Departement der Industriellen Betriebe (DIB) ist von einer linearen Kürzung betroffen und beantragt nun einen Zusatzkredit. Viele Ausgaben auf diesem Konto, so etwa Fahrleistungen Dritter, können schlecht weggespart werden. Das DIB unternimmt durchaus Sparanstrengungen und hat diesen Zusatzkredit verdient. Es ist aber noch Luft nach oben vorhanden. Honorare und Beratungen, die den zweitgrössten Bereich innerhalb des Kontos darstellen, blieben bisher unangetastet. Ein Zusatzkredit von 2,3 Millionen Franken statt den vom Stadtrat vorgeschlagenen 2,5 Millionen Franken sollte dem DIB genügen.

**Florian Utz (SP):** Bei den Kürzungen im Rahmen des Budgetprozesses wurde bereits darauf hingewiesen, dass auf diesem Konto nicht 10 % gestrichen werden können. Es handelt sich wie bereits erwähnt um Fahraufträge, gebundene Ausgaben und Verträge. Die Mehrheit ist der Meinung, dass bereits die Kürzung um 10 % falsch war. Aus unserer Sicht wäre es konstruktiver, die Kürzung rückgängig zu machen. Wir haben Vertrauen in den Stadtrat, dass er das Geld sorgfältig ausgibt.

S. 8	<b>45 4540 3180 0000</b>	<b>Departement der Industriellen Betriebe Verkehrsbetriebe Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>		
<b>15)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	2 500 000		Mehrheit Florian Utz (SP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP)
	Neu	2 300 000		Minderheit Samuel Dubno (GLP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP)
				Enthaltung Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	200 000		
	Begründung	Zusatzkredite auf nicht beeinflussbare Ausgaben beschränken		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 61 Stimmen zu. Der Antrag des Stadtrats scheidet jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse. Damit wird der Zusatzkredit nicht bewilligt.

(Rückkommen siehe Sitzung Nr. 58, Beschluss-Nr. 1122/2015)

Antrag 16)

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Es geht um einen Zusatzkredit von 836 000 Franken, der vom Schulamt für den Einkauf von Mahlzeiten angefordert wird. Via Budget 2015 war uns eine Kosteneinsparung von 5 % versprochen worden. Man wollte unter anderem bei den Ergänzungseinkäufen – Salat, Gemüse, Dessert – massiv sparen. Die Kostensenkung wurde schlecht vorbereitet. Es wurde nicht mit realen Zahlen gerechnet, die Klippen und Unmöglichkeiten der Reduktion wurden nicht richtig eingeschätzt. In den Betreuungseinrichtungen wurde der Autonomiegrad nicht richtig eingeschätzt. Dort wurde autonom ergänzend eingekauft. So fallen nun bereits 50 % der vorgeschlagenen Kosteneinsparungen weg. Das können wir nicht akzeptieren. In einem derart grossen

Budget gibt es Kompensationsmöglichkeiten. Der zweite Posten betrifft eine Rechnung von menuandmore über 588 000 Franken, die vom Schulamt nicht rechtzeitig im Dezember 2014 verbucht und erst im Januar 2015 bezahlt wurde. Das kann passieren. Doch auch hier könnte man auf den Zusatzkredit verzichten und den Betrag im Budget 2016 einfordern.

**Andrea Nüssli (SP):** Im März 2015 wurde ein sehr umfangreiches Einsparungskonzept verabschiedet. Die Betreuung wurde in letzter Zeit aber massiv ausgebaut. Die Lebensmittelbeschaffung konnte damit nicht Schritt halten. Der Handlungsbedarf wurde erkannt, im Konzept wurden die Einkäufe besser strukturiert und das Konzept wird nun umgesetzt. Nur, weil die Hälfte des Budgets schon aufgebraucht ist, sollen die Kinder aber keine halben Portionen erhalten. Sie sollen weiterhin gesund und ausgewogen ernährt werden. Deshalb braucht es den Zusatzkredit. Die Idee der Budgetübertragung von 2014 nach 2016 scheint mir nicht sinnvoll. Man sollte den Fehler umgehend bereinigen.

Weitere Wortmeldungen:

**Walter Angst (AL):** Das Schulamt hat bei den Ausgaben pro Kopf bereits massive Reduktionen durchgeführt. Diese Massnahmen wurden im Rahmen von 17/0 durchgeführt. Wenn man bei der Lebensmittelversorgung in den Horten spart, werden Eltern ihre Kinder abmelden. Damit werden die Ziele, die mit der Tagesschule verfolgt werden, eins zu eins untergraben. Im Budget sind die Ausgaben pro Platz um 10 % gekürzt worden. Würde man die Rechnung von menuandmore in die Ausgaben von 2014 mit einberechnen, gäbe es für 2015 eine Reduktion der Ausgaben pro Kind von rund 7 %. Es wurde ein riesiges Projekt mit Vorschriften lanciert, wie die Horte das Geld einzusetzen haben. Die Autonomie wird massiv reduziert, obwohl die Situation in den einzelnen Schuleinheiten total unterschiedlich ist. Auch mit den Notmassnahmen, die per Juni 2015 gelten, kann das Budget nicht eingehalten werden. Würde die Autonomie erhöht, gäbe es eventuell ein Sparpotenzial. Doch mehr billige Mahlzeiten von menuandmore einzukaufen, ist keine sinnvolle Sparpolitik. Es ist eine Sparpolitik, die auf den Kindern, auf den Horten, und auf dem Kopf der Eltern ausgetragen wird.

**Roger Liebi (SVP):** Es ist absurd zu behaupten, man wolle über eine Hintertür die Horte abschaffen. Wir haben jahrelang darauf aufmerksam gemacht, dass dieser Kredit falsch eingestellt ist und die Ausgaben zu hoch sind. Es ist nicht das erste Mal, dass die Kontrolle im Schul- und Sportdepartement derart versagt. Es werden Ziele vorgegeben, doch die Verantwortlichen kaufen ein, was sie wollen, und es ist nicht bekannt, wie viel Geld ausgegeben wurde. Erst jetzt merkt der Stadtrat, dass gespart werden sollte, nachdem jahrelang kein Controlling gemacht wurde in diesem Bereich. In diesem Amt ist sehr viel Verbesserungspotenzial vorhanden.

**Samuel Dubno (GLP):** Ich kann den Ärger zu einem gewissen Grad teilen. Dennoch stimmen wir dem Antrag des Stadtrats zu. Es wäre falsch, hier Einschränkungen vorzunehmen.

S. 8	<b>50 5010 3135 0000</b>	<b>Schul- und Sportdepartement Schulamt Lebensmittel</b>		
<b>16)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	836 000	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Enthaltung	Samuel Dubno (GLP)
	Verbesserung	836 000		
	Begründung	Mit gesprochenen Mitteln haushälterisch umgehen		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Debatte siehe Sitzung Nr. 58, Beschluss-Nr. 1122/2015).

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 1123. 2015/243

#### **Postulat der SP-, SVP-, FDP-, GLP- und CVP-Fraktion vom 08.07.2015: Realisierung eines Rebbergs auf dem Hügel unterhalb der Grossen Kirche Fluntern**

Von der SP-, SVP-, FDP-, GLP- und CVP-Fraktion ist am 8. Juli 2015 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Quartier Fluntern ein Rebberg, der von der Wohnbevölkerung gemeinschaftlich betrieben werden soll, auf dem Hügel unterhalb der Grossen Kirche Fluntern realisiert werden kann.

Begründung:

Im Jahr 2011 traten Quartierbewohnerinnen und -bewohner an den Stadtrat, um ihn um Unterstützung für den Aufbau eines Rebberges auf der Wiese unterhalb der Grossen Kirche Fluntern zu bitten. Verschiedene Gruppierungen trugen dieses Anliegen vor: Quartierverein Fluntern, ref. Kirchgemeinde, kath. Kirchgemeinde sowie die Zunft Fluntern. Leider startete die Stadt gleichzeitig den Prozess der Unterschutzstellung dieser Wiese. Unserer Meinung nach ist das Quartierbedürfnis klar höher zu gewichten als die Unterschutzstellung, zumalen der Rebberg nach ökologischen Kriterien gemeinschaftlich bewirtschaftet werden und auch nicht den ganzen Hügel umfassen soll.

Leider wurde dieser Initiative aus dem Quartier bis heute nicht entsprochen. Stattdessen findet ein juristischer Schlagabtausch statt. Nach wie vor stehen wir hinter einem gemeinschaftlich bewirtschafteten Rebberg Fluntern und bitten den Stadtrat um Unterstützung.

Mitteilung an den Stadtrat

**1124. 2015/244**

**Postulat von Hans Jörg Käppeli (SP) und Alan David Sangines (SP) vom 08.07.2015:**

**Limmattalbahn, Vergrösserung des Busvordachs bei der Haltestelle an der Hohlstrasse 561**

Von Hans Jörg Käppeli (SP) und Alan David Sangines (SP) ist am 8. Juli 2015 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das mit dem Projekt der Limmattalbahn geplante Busvordach bei Liegenschaft Hohlstrasse 561 für die wartenden Kundinnen und Kunden wesentlich vergrössert werden kann.

Begründung:

Im Rahmen des Projektes der Limmattalbahn ist geplant die Haltestelle der stadteinwärts führenden Busse weiterhin von der Liegenschaft Hohlstrasse 561 anzuordnen, allerdings näher zur Hausfassade. Dafür soll am vorhandenen Dachvorsprung ein kleines Dach angefügt werden.

Entsprechend der Bedeutung und dem grossen Anteil an wartenden Kundinnen und Kunden des öffentlichen Verkehrs ist das ungenügend. Ausserdem kann die architektonische und städtebauliche Gestaltung ebenfalls nicht befriedigen.

Es besteht nun die Möglichkeit ein wesentlich längeres und breiteres Dach zu erstellen, um den Witterungsschutz wesentlich zu verbessern.

Der Stadtrat soll sich als Vermittler zwischen Limmattalbahn und privaten Grundeigentümern zur Verfügung stellen. Seitens der Stadt sind die baurechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Die Grundeigentümer sollten die Vorteile eines vergrösserten Vordaches für die Läden im Erdgeschoss erkennen. Mit der Limmattalbahn soll über die Kostenbeteiligung verhandelt werden.

In dieser win-win-Situation kann die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs und des Stadtraumes in Zusammenarbeit mit Privaten gesteigert werden.

Mitteilung an den Stadtrat

**1125. 2015/245**

**Postulat von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Heinz F. Steger (FDP) vom 08.07.2015:**

**Einführung eines ZVV-Netzpasses für Hunde mit einem angemessenen Tarif**

Von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Heinz F. Steger (FDP) ist am 8. Juli 2015 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich beim Zürcher Verkehrsverbund ZVV dahingehend einsetzen kann, dass ein ZVV-Netzpass eigens für Hunde bzw. eine Hunde-Karte mit angemessenem Tarif möglich ist.

Begründung:

ÖV-Benutzer, die in Begleitung ihres Hundes unterwegs sind, müssen sofern diese nicht klein sind und in einer Tasche quasi als Handgepäck reisen können ein ½-Preis Ticket lösen. Das heisst unabhängig davon, ob der Hund unter dem Sitz oder zwischen den Füßen platziert ist oder bestenfalls neben dem Sitz Platz findet, wird ein Preis verrechnet, der einer Halbtaxifahrt gleich kommt.

Obwohl die Möglichkeit besteht, ein Abonnement «Netzpass für Hunde» zu lösen, ist das Angebot insofern inadäquat, als es auf der Grundlage der Abonnementkosten für Jugendliche bis 25 Jahre verrechnet wird. Für viele Hundehalter ist dieser Tarif unangemessen und im Vergleich zu gratis mitgeführtem voluminösem Gepäck nicht nachvollziehbar.

Gemäss Aussagen des Kundendienstes des ZVV wenden alle öffentlichen Transportunternehmen in der Schweiz die gleichen Tarifbestimmungen an. In diesem Zusammenhang wird zwar auf die vorgenannte Handgepäck-Regelung hingewiesen. Unerwähnt bleibt aber, dass z.B. die SBB ein GA für Hunde anbietet, das sich preislich vom Junioren-GA deutlich unterscheidet (CHF 780.- gegenüber CHF 2600.-). Auch die Enkel-Karte lässt sich zum Vergleich herbeiziehen. Sie bietet ermässigte Preise (CHF 30.- pro Jahr) für Kinder in Begleitung ihrer Grosseltern an.

Ein tariflich angepasster Hunde-Netzpass bzw. eine Karte für Hundehalter – analog zur Enkel-Karte – würde dem Bedürfnis vieler ÖV-Benutzer entsprechen und wohl auch die Anzahl Schwarzfahrten verringern.

Mitteilung an den Stadtrat

**1126. 2015/246**

**Postulat von Markus Kunz (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 08.07.2015:  
Bericht zur Verwendung von Biogas als Energieträger für stationäre Heizungen**

Von Markus Kunz (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) ist am 8. Juli 2015 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, einen Bericht zu erstatten, der, analog zur Holzenergieposition (SR 1166/2012), eine Biomassenposition formuliert, die sich insbesondere zur Verwendung von Biogas äussert.

Begründung:

2012 hat der Stadtrat eine Holzenergieposition formuliert, die sich unter anderem zur Verwendung von Holz als Energieträger in der Stadt Zürich äussert. Leider fehlt im Hinblick auf den Einsatz von Biogas als Energieträger für stationäre Heizungen eine entsprechende Position oder Gesamtschau. Es ginge dabei, anders als bei der Holzenergie, weniger um den Zielkonflikt mit der Lufthygiene, sondern eher um den Einsatzbereich. Holzenergie wird ja in der Position SR 1166/2012 als Brennstoff für die Industrie empfohlen (Prozesswärme), aber nicht, bzw. nur in Ausnahmefällen, im Raumwärmebereich. Beim Biogas ist diese Frage des Einsatzbereichs energiepolitisch von grosser Bedeutung, denn Biogas ist, wenn auch erneuerbar, von den Mengen her beschränkt. Ein optimal geplanter Einsatz, der auf die Bedürfnisse aller Energiebezügler Rücksicht nimmt, ist daher langfristig zu planen und strategisch zu sichern.

Mitteilung an den Stadtrat

Die vier Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

**1127. 2015/247**

**Schriftliche Anfrage von Pascal Lamprecht (SP) und Markus Baumann (GLP) vom 08.07.2015:  
Entwicklung des Verkehrsaufkommens im Perimeter Albisriederdörfli / Bahnhof Altstetten sowie mögliche Massnahmen für den öffentlichen Verkehr**

Von Pascal Lamprecht (SP) und Markus Baumann (GLP) ist am 8. Juli 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Verkehrsaufkommen, v.a. der motorisierte Individualverkehr, von der Alten Waldegg bzw. vom Triemli über die Albisriederstrasse nach Bahnhof Altstetten erscheint vielen Quartierbewohnern als hoch. Bei der erwarteten Entwicklung im Perimeter Albisriederdörfli – Zollfreilager – Hohlstrasse – Bahnhof Altstetten wird zudem das Verkehrsaufkommen eher zu als abnehmen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Verkehrsentwicklung (nach MIV und ÖV getrennt) stellt der Stadtrat an Wochentagen und Wochenenden auf folgenden Strecken(abschnitten) fest und wie interpretiert er diese Entwicklungen:
  - a) Triemlistrasse
  - b) Albisriederstrasse im oberen Abschnitt („Alte Waldegg“)
  - c) Albisriederstrasse vom Albisriederdörfli bis zum Siemens-Rank
  - d) Altstetterstrasse von der Kreuzung Rautistrasse bis zur Albisriederstrasse
  - e) Rautistrasse bis zur Altstetterstrasse
  - f) Flurstrasse (von Rautistrasse bis Hohlstrasse)
  - g) Luggwegstrasse

- h) Badenerstrasse im Abschnitt zwischen Letzigrund und Lindenplatz
  - i) Hohlstrasse zwischen Duttweilerbrücke und Bahnhof Altstetten
  - j) Seitenstrassen in erwähntem Perimeter
2. Aus welchen Gebieten kommen die Verkehrsteilnehmer hauptsächlich, welche mit dem motorisierten Individualverkehr in den Kreis 3 und 9 gelangen und umgekehrt, d.h. auf welchen Achsen verlassen die Verkehrsteilnehmer mit dem motorisierten Individualverkehr die Kreise 3 und 9?
  3. Aus welchen Gebieten kommen die Verkehrsteilnehmer hauptsächlich, welche den öffentlichen Verkehr benutzen und welches sind die bevorzugten Verkehrsmittel und Linien?
  4. Welche Linienanpassungen sind aus Sicht des Stadtrats kurz- bis mittelfristig für den Kreis 9 zu erwarten?
  5. Was spricht aus Sicht des Stadtrats dafür, dass alle Postauto-Linien zum Bahnhof Wiedikon führen und dort enden?
  6. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, dass der Stadtrat eine Buslinie aus den in Antwort 2 und 3 ersichtlichen hauptsächlich Einzugsgebieten vom Triemli statt über die Birmensdorferstrasse nach Bahnhof Wiedikon über die Triemlistrasse in Richtung Bahnhof Altstetten leiten kann?
  7. Welches sind die Einflussmöglichkeiten der Stadt für ein Projekt hinsichtlich einer Änderung der Linieneinführung (Kosten, Haltestellendichte, etc.)?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

**1128. 2015/92**

**Schriftliche Anfrage von Markus Hungerbühler (CVP), Urs Fehr (SVP) und 12 Mitunterzeichnenden vom 25.03.2015:  
Umwandlung von Parkverboten in Halteverbote, Hintergründe sowie Konsequenzen für das Gewerbe**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 604 vom 1. Juli 2015).

Nächste Sitzung: 8. Juli 2015, 20.30 Uhr.